

## **Brauchen wir ab und zu eine „echte“ Demokratie?**

### **Der Versuch einer Erklärung.**

Warum diese Fragen? Gibt es einen Anlass? **Ja!** Berlin hat gewählt. Nämlich ein knappes Fünftel der Kreuzberger und damit weniger als 1% der Berliner haben über eine Brache am Ufer der Spree entschieden und damit über 40 000 Arbeitsplätze in Berlin, einer Stadt, in der mehr als 40% der Einwohner von Sozialhilfe leben. Über Berlin kreist immer noch der Pleitegeier und trotzdem erwachsen dem Bezirk 160 Millionen EURO Schadensersatzansprüche. Wer soll das bezahlen? Berlin hat eine demokratische Verfassung, in der Volksbefragungen festgelegt sind. Man kann sie durchführen, aber das Ergebnis ist nicht bindend. Papier ist wie immer geduldig. Die direkte Demokratie wurde hier exerziert, obgleich unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, laut Grundgesetz eine repräsentative Demokratie ist. Auf keinen Fall darf die Bundesregierung finanzielle Schadensbegrenzungshilfe leisten. Sollte der Bezirk zahlen müssen, geht mit Sicherheit zu Lasten der Bildung und der Kinderbetreuung. Wer sich in der Landesverfassung zur direkten Demokratie bekennt, muss selbst für die Folgen gerade stehen. Das heißt aber im Klartext, der Bürger muss den Unsinn bezahlen.

Wir hatten in Neuenhagen auch eine Befragung zum Thema: Soll die Gemeinde Stadt werden oder Gemeinde bleiben? Das Ergebnis war eine knappe Befürwortung für eine Gemeinde, die der Bürgermeister nicht zu befolgen braucht. Eigentlich war die Befragung der Einwohner überflüssig und entsprach wahrscheinlich nur dem Willen Einiger, die sich mit Aufwand und Mühe politisch profilieren wollten, aber mit Sicherheit am falschen Objekt.

Der Wunsch nach einer direkten Demokratie entspringt in Deutschland dem Gefühl, dass unsere Verfassung keiner echten Demokratie entspricht. Das Verfassungsrecht stammt aus Großbritannien und die sog. Vulgärideologie aus dem Frankreich des Jean Jacques Rousseau. Die von Vielen gewünschte direkte, also die „echte“ Demokratie, schwächt die repräsentative Demokratie, weil sie den Einfluss einer aktiven Minderheit gegenüber der meist trägen Mehrheit vergrößert. Diese Mehrheit geht nicht mehr zur Wahl, zumindest ist ein Trend zu erkennen. Die Entscheidungen der repräsentativen Demokratie werden zunehmend nicht mehr verstanden. Während in den vergangenen Jahrhunderten Politik allein schon wegen der sehr begrenzten Mobilität der Bürger überschaubar war und die für uns selbstverständliche Informationsflut durch die neuen Medien auch nicht ansatzweise existierte, vernetzt das heutige Informationsangebot die Bürger mit der ganzen Welt. Dadurch hat sich sogar die

nationale Politik globalisiert, und Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt. Man stelle sich vor, diese Komplexität globaler Ereignisse einschließlich der Klimaveränderung mit ihren noch unüberschaubaren Folgen sollte durch eine direkte Demokratie von Bürgern national entschieden werden, die ihre eigenen begrenzten Vorstellungen für die einzig richtigen halten.

Wir sollten die Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie besser nutzen. Das ist auch eine Aufgabe der Parteien, die sich innerhalb der Parteien in Personalquerelen abnutzen, statt die Politik in ihren Mitgliederversammlungen für die Bürger auf hohem Niveau interessant und verständlich zu machen. Vielleicht liegt es auch daran, dass in den Parteien an der Basis, wo das Herz der Parteien schlägt, der Kompass verloren gegangen ist. Alle Parteien haben ihre eigenen Wertvorstellungen, die man erst einmal verinnerlicht haben muss, um für seine Partei Politik zu machen. Das gilt auch für die „Erwählten“, die ohne Beteiligung des Fußvolks in die Landes-, Bundes- oder Europaparlamente einziehen, aber nicht die ausreichenden Befähigungen für die nicht einfache Parlamentsarbeit mitbringen. Da sind wir wieder beim bundesdeutschen Wahlrecht mit seinen Überhangmandaten und der Zweitstimme auf der Kandidatenliste. Darüber ist bereits berichtet worden (Überhangmandate anklicken).

Zum Schluss dieser Betrachtung über die direkte Demokratie. Sie schwächt die repräsentative Demokratie und bringt die vier im Gleichgewicht stehenden Gewalten durcheinander. Die Stimme des Volkes könnte sich zu einer zentnerschweren fünften Gewalt auswachsen und die Stellung der Parlamente mindern. Die von dem Staatsrechtler Montesquieu im absolutistischen Frankreich des 18. Jahrhunderts geforderte Gewaltenteilung sollte uns sakrosankt sein. Der **Abgeordnete** gilt heute in Deutschland zunehmend als „Volksvertreter“, übrigens wie in der DDR, obgleich er **Repräsentant des Volkes** ist. Das ist ein gewaltiger Unterschied!!! Es darf nicht sein, dass sich der freiheitlich demokratische Rechtsstaat Deutschland mit seinem Grundgesetz nach 20 Jahren Wiedervereinigung dem Einfluss der LINKEN und der im politischen Startloch stehenden Rechtsradikalen beugt, für die das Grundgesetz nicht sakrosankt ist. Sicher ist auf jeden Fall, dass die LINKEN bei der anstehenden Kommunalwahl an Stimmen gewinnen werden. Uns fehlt ein gebildetes und aktives Bürgertum, das sich diesem Trend entgegen stemmen sollte. Jeder ist gefragt und jeder Bürger hat die Pflicht zur politischen Bildung!

Dr. Else Ackermann